



### Immonet gibt einen Überblick über die Positionen der Parteien zu Immobilien-Themen - Teil 3: Die energetische Sanierung

Immonet gibt einen Überblick über die Positionen der Parteien zu Immobilien-Themen - Teil 3: Die energetische Sanierung  
Der Wahlkampf ist in der heißen Phase. Sehr unterschiedliche Koalitionen scheinen möglich. Aber wie stehen die Parteien zum Top-Thema Wohnen? Immonet hat nachgefragt. Energetische Sanierung? Die energetische Gebäudesanierung ist eine der Großbaustellen der amtierenden Bundesregierung, die ehrgeizige Klimaziele erreichen will: Der Wärmebedarf in Gebäuden soll bis 2020 um 20 Prozent sinken, bis 2050 soll ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand erreicht werden. Allerdings: Dämmungen und hocheffiziente Heizungsanlagen kosten viel Geld. Und die Mieten sollen nicht explodieren. Allein in diesem Jahr stellt der Staat insgesamt 1,8 Milliarden Euro bereit, mit denen Energiesparmaßnahmen unterstützt werden. Die SPD verspricht noch mehr Fördergelder: "Wir wollen die KfW-Programme zur energetischen Sanierung von Bestandsimmobilien mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt in Höhe von mindestens zwei Milliarden Euro jährlich ausstatten." Vermieter sollen nach einer Modernisierung nur noch neun statt bisher elf Prozent der Kosten auf den Mieter umlegen. Mietminderungen im Falle energetischer Sanierung sollen wieder vom ersten Monat an möglich sein. "Die steuerliche Förderung wäre eindeutig der bessere Weg für die Gebäudesanierung", sagt die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött. "Aber den hat Rot-Grün im Bundesrat verbaut." Nach der Wahl will die Fraktion einen neuen Gesetzesvorschlag einbringen. Das sehen Die Grünen genau so. Sie wollen die Sanierungsquote im Gebäudebestand auf drei Prozent anheben. Die Sprecherin für Bau- und Wohnungspolitik wirbt für eine "zielgruppengerechte Förderkulisse", welche "die Bedürfnisse der verschiedenen Eigentumsformen, wie etwa Selbstnutzer, Kleinvermieter, Wohneigentumsgemeinschaften, Genossenschaften oder Wohnungswirtschaft, stärker berücksichtigt." Zudem treten die Grünen für eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung für Selbstnutzer ein. Die Linke will das Tempo der energetischen Sanierungen verdoppeln - und dafür mehr Fördermittel vom Bund, damit die Gebäudesanierung "nicht einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter geht". Wo die Einsparungen bei den Heizkosten die Kosten einer Sanierung nicht auffangen, solle die öffentliche Hand einspringen. Die FDP tritt weiterhin für die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung ein. "Ziel ist es, gerade privaten Eigentümern eine energetische Sanierung unbürokratisch zu erleichtern."  
Immonet GmbH  
Birgit Schweikart  
Leitung Corporate Communications  
Spaldingstr. 64, 20097 Hamburg  
Tel: +49 40 3 47-2 89 35  
E-Mail: presse@immonet.de  
[http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pinr\\_=544598](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=544598)

#### Pressekontakt

Immonet GmbH

20097 Hamburg

presse@immonet.de

#### Firmenkontakt

Immonet GmbH

20097 Hamburg

presse@immonet.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage